

Lieber Freund,

entschuldige bitte, dass ich gestern am Telefon etwas ungehalten auf Deine Bemerkung reagiert habe, der Westen trage doch eine Mitschuld am Krieg in der Ost-Ukraine. Und der Bundespräsident habe mit seiner Rede auf der Danziger Westplatte diese Woche noch Öl in Feuer gegossen.

Mit etwas mehr Ruhe argumentiert: was auch immer der Westen oder die Ukraine selbst getan haben, kann nicht die militärischen Aktionen Russlands zur Eroberung der Krim und der Abspaltung ost-ukrainischer Gebiete rechtfertigen. Denn nichts rechtfertigt einen solchen Krieg, seine Toten und die Zerstörung von Städten und Seelen. Und bei allem Respekt: ich kann nicht erkennen, dass durch Gaucks Rede nun Russlands Aggressionsfeuer stärker lodert oder eine andere Rede das Feuer hätte löschen können. Die Rede ist einfach zu unwichtig für das furchtbare Geschehen.

Längst sind doch die Propaganda-Lügen von urlaubenden oder verirrten russischen Soldaten entlarvt. Auch führen die Truppen aus Russland und Donezk bzw. Lugansk längst einen Angriffskrieg gegen andere ukrainische Städte und Dörfer, z.B. gegen Mariupol am Asowschen Meer, wahrscheinlich um einen russischen Landzugang zur Krim zu erobern.

Das alles steht auch in den Zeitungen freier Länder, teilweise sogar in russischen Medien, wenn es darum geht, gefallene "Helden" russischer Nationalität zu ehren oder die Duginsche Neu-Russland-Ideologie als Patriotismus zu feiern.

Noch nicht gelesen habe ich allerdings den folgenden Gedanken: in den jüngsten Spionage-Affären wurden wir daran erinnert, dass auch in der Zeit relativer Entspannung alle alle ausspionieren, so gut sie können. Wir können also davon ausgehen, dass die russische Führung genau weiß, dass niemand im Westen Russland angreifen will, geschweige denn könnte. Es ist also eine bewusste Lüge, wenn Russland behauptet, durch die Politik des Westens bedroht zu werden. Vielmehr ist es ein alter Trick autoritärer Führer, ihre Bevölkerung durch Bedrohungsszenarien von außen zu disziplinieren.

Man müsste als Spion schon mit Scheuklappen und Oropax in den NATO-Staaten herumlaufen, um die gegenüber Russland friedliche, auf Kooperation bedachte Politik ignorieren zu können. Kann man den permanenten Abbau militärischen Potenzials übersehen?

Nein, man kann nicht, und das heißt, es geht nicht um russische Sicherheitsinte-

ressen, jedenfalls weder objektiv noch in der Wahrnehmung der russischen Führung. Und manche Beobachter, Analytiker und viele Bürger fallen da auf Propaganda herein, weil sie meinen, eine irgendwie linke, kritische Position einnehmen zu müssen.

Diese Naivität edler Selbstbezeichnung geht mir schon lange gewaltig gegen den Strich. Es ist doch völlig klar, dass Russlands Präsident Teile der alten Sowjetunion wieder einsammeln möchte, insbesondere die russisch, ggf auch slawisch sprechenden Völker. Dazu hat er die Eurasische Union unter russischer Führung konzipiert, für die die Ukraine einer der wichtigsten Bausteine sein sollte.

Dies Hegemonial-Konzept hat ihm die ukrainische Aufstandsbewegung gegen einen korrupten Präsidenten und nicht etwa die NATO zerschlagen. Wie auch immer man die Art der inner-ukrainischen Entscheidungen beurteilt, kann es nicht Sache Russlands sein, zu entscheiden, was die Ukraine tut. Und in Sachen Demokratie war und ist die Ukraine zumindest sauberer als Putins Russland.

Wenn ich so entschieden argumentiere, dass allein Russland den Krieg verursacht und begonnen hat, dann heißt das nicht, dass ich ein Scharfmacher geworden bin. Wir werden hinnehmen müssen, was Putin sich nehmen will, denn er hat Raketen und Atomwaffen. Ich werde das mit ohnmächtigem Zorn zu schlucken haben.

Aber ich werde auch ungehalten, wenn mir als Teil des demokratischen Westens eine Mitschuld an diesem russischen Eroberungskrieg angedichtet und zugemutet wird.

Im Übrigen bin ich mit der Politik der Bundesregierung in dieser Sache ziemlich einig, Reduktion wirtschaftlicher Unterstützung bei der Modernisierung Russlands und keine Unterstützung seines Militärpotenzials, aber immer wieder eine ausgestreckte Hand nach Osten, um zu friedlicher, rechtsbasierter Zusammenarbeit zurück zu kehren.

6. 9.2014